

## ÜBERSICHT

## AUSSENPOLITIK

## BRD

**(1) Vorgespräche für einen Luftfahrtvertrag**

Eine Luftfahrtdelegation der Bundesrepublik Deutschland unter Leitung von O.H. Faull vom Verkehrsministerium befand sich zu Vorgesprächen für ein Luftfahrtsabkommen mit der VR China vom 15.-23.2.75 in Peking und schloß ihren Besuch mit einer Reise nach Shanghai und Kuangchou (Canton) ab (NCNA, 24.2.1975).

**(2) Pressevertreter aus VR China bei Bundes-Pressekonferenz?**

Da die Journalisten aus der VR China eine Teilnahme an den Konferenzen des Vereins der Auslandspresse wegen der gleichzeitigen Teilnahme der Vertreter der taiwanesischen Presse abgelehnt haben, hat die Mitgliederversammlung der Bundespressekonferenz beschlossen, die Pressevertreter aus der VR China ständig zur Teilnahme an der Bundespressekonferenz einzuladen (Welt, 26.2.1975).

**(3) 500 deutsche Touristen im Jahre 1975 nach China**

Wie der stellvertretende Generaldirektor des staatlichen chinesischen Reisebüros in einem dpa-Gespräch in Peking betonte, werden in der VR China im Jahre 1975 rd. 500 Touristen aus der Bundesrepublik erwartet, also um 170 mehr als im Jahre 1974. Man sei, wie der Reisebürovertreter versicherte, mehr an Qualität als an Quantität interessiert und wolle aus dem Tourismus kein Geschäft machen. Seine Organisation sähe ihre Hauptaufgabe vielmehr darin, politisch und soziologisch interessierten Gästen die Möglichkeit zu bieten, sich aus erster Hand einen Eindruck vom Leben und der Arbeit der chinesischen Bevölkerung zu verschaffen.

Die Preise werden etwa dieselben sein wie im letzten Jahr. Während ein Einzeltourist eine Tagespauschale von etwa 130 DM zahlen muß, verlangt man von Gruppen über 10 Personen für Unterkunft, Verpflegung, Transport und Dolmetscher rd. DM 60,- pro Person. Ausländer können heute insgesamt 35 Städte in China besuchen, darunter Peking, Shanghai, die südchinesische Hafenstadt Canton und die traditionsverbundenen Orte Suchou und Hangchou.

Mit Nachdruck wies der Touristik-Chef sowjetische Behauptungen zurück, daß der Bambusvorhang deshalb vor vielen Provinzen noch nicht hochgegangen sei, weil man etwas zu verbessern habe. Man sei vielmehr auch auf dem Gebiet des Tourismus ein Entwicklungsland und verfüge noch nicht über genügend Hotels, Transportmittel und Dolmetscher (SZ, Febr.1975). Allerdings dürften Aussagen dieser Art wohl kaum für Autonome Regionen vom Range Tibets oder aber Sinkiang gelten!

**(4) Weitere Zeitschrift von Freundschaftsgesellschaften**

Die Gesellschaft für Verständigung und Freundschaft mit China e.V., GVFC (1 Berlin 19 Postfach 190435), gibt seit 1974

eine Zeitschrift heraus, den "Aktuellen Rundbrief". Diese im wesentlichen auf Berlin beschränkte Gruppe scheint einen breiteren Kreis nicht politisch gebundener Interessenten anzusprechen. In der Fragestellung, ob man nun hundertprozentig in einem Organ einer Freundschaftsgesellschaft Pekings Standpunkt auch in allen Detailfragen vertreten oder einer unabhängigeren Linie nachstreben solle, die in der Bundesrepublik besser ankommen dürfte, hat sich diese Gruppe und dieses Blatt anscheinend für den zweiten Weg entschieden. Die Berliner Gruppe führt auch Reisen nach China durch und bietet interessante Vorträge, Filme und andere Veranstaltungen an. Für die Gruppe haben sich mit Vorträgen und anderen Beiträgen eingesetzt: Roshan Dhunjibhoy, Werner Pfennig, Ernst Hagemann, Klaus Stermann, Anna Wang, Joachim Schickel u.a. Die Gesellschaft hat einen Filmverleih aufgezogen, der Lehrern für den Unterricht zur Verfügung steht. Sie wurden in Jugendheimen, Schulen und Volkshochschulen gezeigt. Beispiel für den Einsatz der Berliner Gruppe: Es wird vorgeschlagen, daß die Berliner Illtisstraße, die Lansstraße und die Takustraße in der Nähe des Ostasiatischen Museums der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem umbenannt werden müßten in Lu Hsün-Straße nach dem bedeutendsten chinesischen Schriftsteller, in Chou Shih-Straße nach einem Schüler von Lu Hsün, der das Werk der Berliner Künstlerin Käthe Kollwitz in China bekanntmachte, und in Dr. Sun Yat-sen-Straße, nach dem Vater der chinesischen Revolution. Während der Boxer-Erhebung gegen die europäischen Mächte in China 1900 hatte das deutsche Kanonenboot "Illtis" unter Befehl von Kapitän Lans eine wichtige Rolle gespielt, der die Takuforts angriff. Diese Forts sollten das Eindringen unerwünschter Kriegsschiffe nach Tientsin blockieren. Als der chinesische Kommandant des Forts sich weigerte, schossen es deutsche, englische, russische, französische, österreichische und japanische Kriegsschiffe sturmreif. Kapitän Lans wurde von Kaiser Wilhelm mit dem Pour le merite-Orden ausgezeichnet.

Auf Breitenwirkung bedacht ist auch "Blickpunkt - 25 Jahre Volksrepublik China", ein von der GVFC gestaltetes Heft des Landesjugendringes Berlin, das in hoher Auflage Verbreitung findet.

## SOWJETUNION

**(5) "Kapitalistische Ausbeutungspraktiken" in der Sowjetunion?**

In einem längeren Artikel stellt Hsinhua (NCNA, 30,31.1.1975) dar, wie die "sowjetische bürokratisch-kapitalistische Monopolklasse", die auch als "privilegierte Clique" bezeichnet wird, gegenüber den "sowjetischen Werktätigen erbarmungslose Ausbeutung" betreibt. Folgende Kriterien werden für diese Behauptung angeführt:

- die "sogenannte wissenschaftliche Organisation der Arbeit" ziele darauf ab, die Ausbeutung der Arbeiter zu systematisieren und einen erhöhten "Mehrwert zu erpressen".

- Daneben wird eine sogenannte "Einwohnersteuer" eingetrieben, die im Jahre 1960 noch bei 5,6 Mrd. Rubel, 1974 aber bei 16,7 Mrd. Rubel lag, was einer Erhöhung von nahezu 200% gleichkommt. Die im Jahre 1973 von einer Arbeiterfamilie entrichtete Einwohnersteuer liege bei 11% der zusammengelegten Löhne einer Durchschnittsfamilie.



- Auch zählen - nach eigenen Angaben der TASS vom November 1974 - 25 Mio. Menschen zu "Familien in wirtschaftlichen Schwierigkeiten". Die "Bildung einer Reservearmee aus Arbeitslosen", die ja für den Kapitalismus im allgemeinen charakteristisch sei, sei heutzutage auch in der Sowjetunion zu beobachten. Auf einigen Gebieten bestehe bereits ein Überschuß an Arbeitskräften, und an vielen Orten sei die Beschäftigung am Wohnort zu einem Problem geworden. Dies sei ein Beweis dafür, daß die sowjetischen Behörden, die ja ganz an die Stelle der aus eigener Entscheidung handelnden Volksmassen getreten sind, mit den anfallenden Problemen nicht mehr fertig werden.

- Die Problematik verschlimmere sich um so mehr, als der sowjetische Haushalt mit Rüstungsausgaben überlastet sei. Das Rüstungsbudget für 1975 belaufe sich auf etwa 17,4 Mrd. Rubel (22 Mrd. US \$). Doch könne diese - offiziell bekanntgegebene - Zahl noch gar nicht stimmen, da Chruschtschow bereits 1959 während seiner USA-Reise zugegeben habe, daß die Sowjetunion jährlich 25 Mrd. US \$ für Rüstungszwecke ausbebe. Die Sowjetunion erhöhe ununterbrochen die Rüstungsausgaben, stelle die Dinge jedoch so dar, als verringere sie sie (NCNA, 14.1.1975).

#### (6) Peking entdeckt weitere sowjetische Ausbeutungsmethoden Moskaus gegenüber der DDR

Es sei allgemein bekannt, daß die Sowjetunion seit Jahren die Lieferung von Rohmaterialien nach Ostdeutschland mittels der sogenannten 'Spezialisierung auf dem Produktionssektor' und der 'Wirtschaftsintegration' im RGW (COMECON) manipuliert und auf diese Weise die Produktion der wichtigsten Industriezweige der DDR kontrolliert. Die DDR habe zu gewissen Zeiten 100% ihrer Importe an Erdgas, 90% ihrer Importe an Erdöl, Eisenerz, Nutzholz und Baumwolle sowie 80% ihrer Importe an Walzstahl und 60% ihrer Importe an Zink von der Sowjetunion bezogen.

In der Zwischenzeit habe die Sowjetunion diese Rohmateriallieferungen weitgehend gekürzt, um auf diese Weise ihren Devisenhunger durch Absatz von Rohstoffen in den kapitalistischen Industrieländern zu stärken. So beispielsweise seien die sowjetischen Lieferungen von 19 Arten Rohmaterial in die DDR im Jahre 1973 geringer ausgefallen als 1971. Koks ging beispielsweise um 20%, Stahlschrott um 30%, Wolle um 93,4% und Getreide um 35,4% zurück. Was die Öllieferungen betrifft, so weigere sich die Sowjetunion, den wachsenden Bedarf der DDR zu decken, die dadurch gezwungen sei, Öl aus anderen Ländern einzuführen.

In den letzten Jahren hätten die Investitionen der DDR in der Sowjetunion die Summe von 500 Mio. Mark erreicht. Ostberlin habe sich bei der 28. Tagung des RGW im Jahre 1974 verpflichtet müssen, für die Erschließung der Erdgasvorkommen bei Orenborg in der Sowjetunion riesige finanzielle Mittel zu investieren. Der Bau der Erdgasleitung in diesem Gebiet koste 50-60.000 Mark je km. Zusammen müßten von der DDR 2,75-3,33 Mrd. Mark an Investitionsmitteln aufgewandt werden, ganz zu schweigen von den Prospektierungs- und Erschließungskosten.

Auf der XII. Plenarsitzung des ZK der SED (Juli 74) habe das Politbüromitglied Hermann Axen erklärt, daß die Hauptursache

für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den ersten Monaten des Jahres 1974 sich aus der verzögerten oder gestörten Lieferung wichtiger Rohstoffe ergeben habe.

In dieser Politik sieht Hsinhua (NCNA, 6.2.1975) eindeutige Zeichen einer systematischen Ausbeutung der anderen COMECON-Länder durch die Sowjetunion.

#### (7) Die Acht Großen Übeltaten des "Sowjetrevisionismus" im Jahre 1974

In einem Rückblick auf das Jahr 1974 faßt die PRu (1975/5, S. 14 ff.) die acht "verabscheuungswürdigsten Handlungen der neuen Zaren" im Jahre 1974 zusammen:

- Erstens: Hegemoniebestrebungen bei den internationalen Konferenzen ("Verteidigung der Meere" bei der Seerechtskonferenz, Neuauflage der Bevölkerungstheorie von Malthus bei der Weltbevölkerungskonferenz; "Entspannungs-Heuchelei" als Mittel der Irreführung).

- Zweitens: Bedrohung Europas ("Scheinmanöver im Osten, wirklicher Angriff im Westen" mittels Truppenaufmarsch und Konferenzstrategie, z.B. Europäische Sicherheitskonferenz und Konferenz für den Truppenabbau in Mitteleuropa).

- Drittens: egoistische Einmischung in die Probleme des Mittelostens (Zulassung einer großangelegten Emigrationswelle sowjetischer Juden nach Israel; Gewinne durch Waffenverkäufe; Kontrolle der Mittelostländer durch "Hilfe").

- Viertens: "Im Falle Cyperns schürten die Sowjetrevisionisten das Feuer, um dann das brennende Haus ausrauben zu können".

- Fünftens: Kampf mit dem US-Imperialismus um den Indischen Ozean, Unruhestiftung auf dem südasiatischen Kontinent (Unterstützung der Annexion Sikkims durch Indien; Unterminierung des "Plans einer Friedenszone im Indischen Ozean" durch Entsendung großer Kriegsflotten).

- Sechstens: fortbestehende Besetzung japanischer Territorien und Bedrohung Japans mit Militärmacht (Militärflugzeuge und Kriegsschiffe drängen in den japanischen Luftraum und in die Hoheitsgewässer Japans ein; weiterhin Verhaftung japanischer Fischer, Nichtrückgabe der vier Kurileninseln).

- Siebtens: Erzielung großer Profite durch Spekulation auf dem internationalen Markt (Ausnützung der Erdölkrise; Hochtreiben des Getreidepreises auf dem Weltmarkt durch egoistische Einkäufe; Weiterverkauf billig erworbener Rohstoffe zu überhöhten Preisen).

- Achters: Spionageaktivitäten in allen Teilen der Welt (Moskaus Spionagenetz sei 1974 in Ghana, Tunesien, Tansania, Thailand, Japan, in der Bundesrepublik - Fall Guillaume -, in Neuseeland und China aufgedeckt worden. Außerdem seien Spione als "Diplomaten" und "Korrespondenten", als Trawlerbesatzungen, Angehörige "wissenschaftlicher Forschungsgruppen in Gewässern" etc. verkleidet).

#### (8) Moskau zerpflückt Chinas Verfassung

Die Prawda untersucht in ihrer Ausgabe vom 5. Februar die neue chinesische Verfassung vom 17. Januar, wobei der Artikel mit "I. Alexandrow" gezeichnet ist, einem Pseudonym, das selten verwendet wird, aber stets Meinungen zum Ausdruck bringt, die an höchster Stelle vertreten werden. Ein "radikaler



Unterschied" zur Verfassung von 1954 sei darin zu sehen, daß die früher proklamierte Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten heute durch den Aufruf zu "Kriegsvorbereitungen" und zum "Kampf gegen den Sozio-Imperialismus" ersetzt worden sei. Außerdem rechtfertigten die "Maoisten" mit der Deklaration der Unvermeidlichkeit des nicht nachlassenden Klassenkampfes auch unter den Bedingungen des Sozialismus faktisch den Terror und die Repressalien gegen die innere Opposition.

Die Organe seien wesentlich eingeschränkt worden. Kein Wort mehr von einer Kontrolle des Nationalen Volkskongresses über die Ausführung der Verfassung, von seinen Entscheidungen in Fragen von Krieg und Frieden etc. Indem die Maoisten von vornherein die Möglichkeit einer Verzögerung der Tagung des NVK in Aussicht stellten, demonstrierten sie ihre Unsicherheit bezüglich der inneren Stabilität. Ferner zeige die faktische Abschaffung des allgemeinen Wahlsystems die Angst der Maoisten vor dem Volk. Die neue Verfassung, die keineswegs lediglich eine Revision des alten Textes von 1954, sondern ein grundlegend neues Dokument sei, bedeute außerdem einen Anschlag auf die Rechte der nationalen Minderheiten in China, die immerhin rd. 50 Mio. Menschen ausmachen. So sei z.B. die Nationalitätenkommission des Nationalen Volkskongresses beseitigt worden, die auf eine korrekte Verwirklichung der Nationalitätenpolitik verfassungsgemäß hatte achten müssen. Nicht wieder aufgenommen worden seien auch jene Artikel, die besagten, daß die Diskriminierung und die Unterdrückung der nichtchinesischen Nationalitäten in der Volksrepublik China unzulässig ist. Damit sei die gewaltsame Assimilierung der kleinen Völker in China erleichtert worden.

Ferner habe man die Leitung der Streitkräfte einzig und allein dem Vorsitzenden des ZK der KPCh übertragen. Dem NVK sei das Recht, Entscheidungen über Fragen des Kriegs und des Friedens zu fällen, genommen worden. Damit erhalte die Armee faktisch die Funktionen einer Polizei.

Auch im Kapitel "Grundrechte und Pflichten" zeige sich eine Verdüsterung an: Früher habe man immerhin von einer Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz gesprochen. Heute sei kein Wort mehr davon die Rede. Außerdem seien alle früheren Bestimmungen ausgemerzt, die die Rechte der Bürger auf freie Wahl des Wohnsitzes, auf Bewegungsfreiheit sowie auf den gesetzlichen Schutz des Briefgeheimnisses garantieren.

Alles in allem "erweitert die neue Verfassung die Rechte der maoistischen, militärbürokratischen Gruppierungen.... Die gährende Kluft zwischen der zuweilen großmäuligen demokratischen Phraseologie und der faktischen Beschneidung der demokratischen Grundrechte des Volkes macht deutlich, daß das maoistische Regime auf den Widerstand der unterschiedlichsten Schichten der Bevölkerung stößt, die ihr höchstes Interesse daran haben, daß China sich wirklich sozialistisch entwickelt" (Radio Moskau, deutsch BPA, Ost-Info., 6.2.1975).

Die polnische PAP (3.2.75) und die tschechische Ceteka (31. 1.1975) machen sich darüber Gedanken, was hinter dem in der Verfassung enthaltenen Recht auf Streik stehe. Ein Recht der Arbeiter auf Kampf für die Verbesserung ihrer Arbeits- und materiellen Bedingungen könne hier doch wohl nicht gemeint sein (Ökonomismus!). Es müsse sich also wohl um ein politisches Instrument handeln, und zwar um ein weiteres politisches Instrument in den Händen der Maoisten gegen ihre Widersacher (z.B. Streik zur Ausschaltung eines Opponenten oder einer

opponenten Gruppe).

### (9) Wiederaufnahme der sino-sowjetischen Grenzverhandlungen?

Nach sechsmonatiger Abwesenheit ist der sowjetische Delegationschef bei den Grenzverhandlungen mit der VR China, der stellvertretende Außenminister Leonid Iljitschew, wieder in Peking eingetroffen (TASS, englisch, 12.2.1975).

Bisher haben beide Verhandlungsparteien bei den Gesprächen, die am 20. Oktober 1969 nach den blutigen Grenzzwischenfällen am Ussuri begannen, keine gemeinsame Plattform finden können.

Bisher hatte Iljitschew mit dem stellvertretenden Außenminister Yü Ch'an verhandelt. An dessen Stelle wird nun Vizeaußenminister Han Nien-lung treten. Die Gründe für diesen Postenwechsel sind unbekannt (Erkrankung? ).

Allein schon die Tatsache, daß beide Parteien wieder verhandeln, ist ein Erfolg. Möglicherweise werden die Gespräche sich zunächst auf die Rückkehr der sowjetischen Besatzung eines Hubschraubers konzentrieren, der am 14. März 1974 auf chinesischem Territorium gelandet war - ein Vorfall, der von den Chinesen als "Spionagefall" rubriziert worden war (dazu C.a. 74/4, Ü8 u.74/11, Ü9).

Chou En-lai hatte in seinem Rechenschaftsbericht vor dem IV. Nationalen Volkskongreß im Januar die Sowjetunion dafür verantwortlich gemacht, daß die Grenzgespräche bisher ohne Ergebnis geblieben seien. Er beschuldigte Moskau, die im September 1969 von ihm und dem sowjetischen Regierungschef Kossygin getroffene Vereinbarung gebrochen und es abgelehnt zu haben, ein Abkommen über die Beibehaltung des Status quo an der Grenze, die Verhinderung bewaffneter Konflikte und den Rückzug der Streitkräfte von beiden Seiten der "umstrittenen" Grenzgebiete zu unterzeichnen.

Ein solches Abkommen, das lt. Chou En-lai den Verzicht auf Gewaltanwendung gegeneinander und gegenseitigen Nichtangriff einschließt, sollte nach chinesischer Auffassung einer Regelung der gesamten Grenzfrage vorangehen. Der sowjetische Parteichef Breschnew hatte das Angebot als "absolut unannehmbar" zurückgewiesen und erklärt, die Sowjetunion beanspruche kein fremdes Territorium, so daß es für sie auch keine "umstrittenen Gebiete" gebe.

Iljitschew war im August 1974 "aus dienstlichen Gründen" nach Moskau zurückgekehrt. Die Gründe für das Wiedererscheinen Iljitschews in Peking lassen sich nur vermuten: Am 9. November hatte Peking die Welt mit der Erklärung überrascht, daß es zur Unterzeichnung eines Nichtangriffsvertrages mit Moskau bereit sei. Am 26.11.1974 hatte Breschnew in Ulan Bator in seiner Rede zum 50. Gründungstag der Mongolischen Volksrepublik die chinesische Verhandlungsofferte zwar ausgeschlagen, offensichtlich aber war das Thema in Moskau noch nicht erledigt (Näheres dazu C.a. 1974/12, S.778 ff.). Ob Iljitschew neue Verhandlungsangebote aus Moskau vorzuweisen hat, ist eine Frage, die sich im Verlauf der Gespräche erst herausstellen muß.

### (10) Zum Scheitern des sowjetisch-amerikanischen Handelsvertrages

Hsinhua brachte am 26.2. eine Analyse des Scheiterns des sowjetisch-amerikanischen Handelsvertrages aus chinesischer Sicht. Als grundlegende Ursache ist demnach die intensivierte



Rivalität im Hegemoniestreben zwischen der Sowjetunion und den USA anzusehen.

Die konkreten Gründe für die Zurückweisung durch Breschnew werden ähnlich wie in westlichen Kommentaren gesehen. Die harte Haltung des amerikanischen Kongresses in der Frage der Ausreiseerlaubnis für Juden wird als Einmischung in innere Angelegenheiten gesehen (wie es auch die Sowjetunion nach dem Scheitern gesehen hat), der Nahostkrieg verhärtete die Einstellung der Gegner von Krediten, die letztlich der Rüstungsindustrie der Sowjetunion zugute kommen würden. Als letzter Anlaß wird die Kärglichkeit des von den USA angebotenen Kredits (300 Mio. \$) angesehen, der nicht einmal zur Deckung der sowjetischen Schulden aus dem "Lend-Lease-Programm" aus dem 2. Weltkrieg ausgereicht hätte, zu deren Rückzahlung die Sowjetunion sich bei Ratifizierung des Handelsvertrages verpflichtet hätte (nach BPA/Ostinformationen, 27.2.1975).

## NORDAMERIKA

### (11) Aus der Gerüchteküche: Nixon als amerikanischer Botschafter nach Peking?

Richard Nixon, von den Folgen seiner Thrombose-Operation weitgehend genesen, hat Interesse am Amt des US-Botschafters in Peking bekundet. Dies berichtet das Time Magazin in seiner Ausgabe vom 2. Februar 1975.

### (12) Sollte die Quemoy-Krise 1958 notfalls nuklear gelöst werden?

Am 2. Januar gab ein Sprecher des Defence Department in Washington auf einer Pressekonferenz bekannt, daß der Einsatz von "beschränkten taktischen Nuklearwaffen" eine von "mehreren Planungsoptionen" gewesen sei, die dem Präsidenten während der Quemoy-Krise im Jahre 1958 zur Verfügung standen. Man habe allerdings, wie der Sprecher weiter erklärte, nicht die umfassenden Dokumente aus dieser Zeit zur Hand, um alle Fragen bis ins Detail zu beantworten.

Ausgelöst worden waren Fragen dieser Art an das Defence Department im Zusammenhang mit einem "Top Secret"-Bericht der Rand Corporation, die der bekannte Analytiker Morton Halperin 1967 unter dem Titel "Contingency Planning and Decision-Making-Process at the Time of the 1958 Taiwan Straits Crisis" erstellt hatte (IHT, 3.1.1975).

Zur Zeit der Quemoy-Krise bestand auf seiten der USA der Verdacht, daß die VR China die Taiwan-Frage mit Gewalt lösen wolle, wobei es ihr zunächst einmal um die Einnahme der beiden strategisch wichtigen Inseln Quemoy und Matsu ging. Das Quemoy-Unternehmen mußte u.a. deshalb abgebrochen werden, weil die Sowjetunion den Chinesen jegliche Rückendeckung verweigerte.

## AFRIKA

### (13) China warnt vor südafrikanischer Versöhnungspolitik

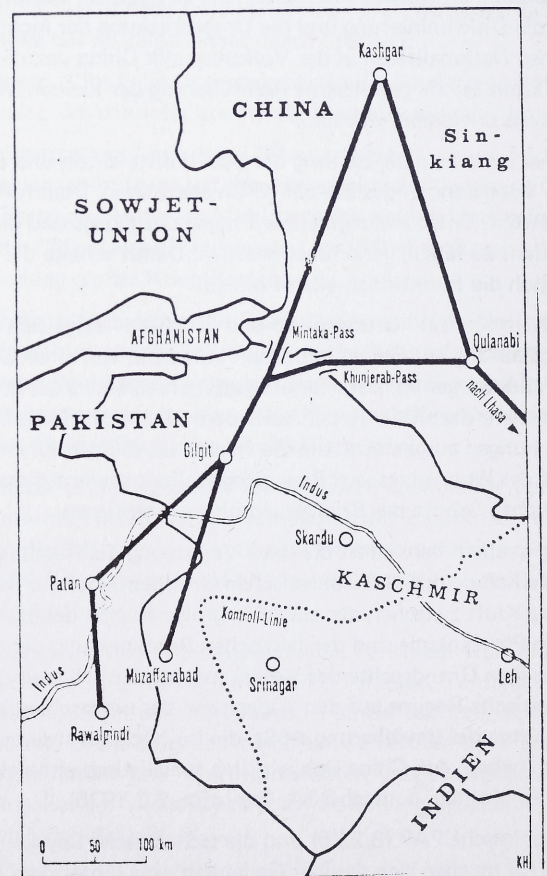
Auf einem Bankett zu Ehren der Frelimo-Delegation aus Mozambique unter Leitung von Präsident Samora Moises Machel

erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing am 20. Februar in Peking, die Versöhnungsangebote Südafrikas und Rhodesiens entsprängen lediglich einer veränderten Taktik. Diese von den Supermächten unterstützten Staaten hätten dabei das Ziel, das revolutionäre Feuer des bewaffneten Kampfes des afrikanischen Volkes zu löschen. In Übereinstimmung mit der "Dar es Salaam Erklärung der OAU" sollten die afrikanischen Völker bis zur vollständigen Befreiung ganz Afrikas weiterkämpfen (SWB, 22.2.1975; vgl. FAZ. 22.2.1975).

## ASIEN

### (14) Straßensysteme zwischen Pakistan und China

Im Wege der "Straßendiplomatie", die den für weite Bereiche der chinesischen Außenpolitik so charakteristischen Zug der "Volksdiplomatie" trägt, haben die Chinesen 1967 und 1971 zwei Straßen von ihrem Staatsgebiet nach Pakistan gelegt, und zwar über den Mintaka-Paß und über den Khunjerab-Paß. CHINA aktuell hat darüber bereits ausführlich berichtet (C.a. 1974/12, S.766 und 767). Zur Verdeutlichung sei hier noch einmal eine Schemakarte der beiden chinesischen Zufahrtswege nach Pakistan angeführt.



Quelle: NZZ, 6.2.1975

### (15) VR China bietet Indien Normalisierung an

Beim Flug zur Krönungsfeier für den nepalesischen König Birkendra gab der chinesische Vizepremier Ch'en Hsi-liu bei



einer Zwischenlandung in New Delhi zu verstehen, daß die VR China zur Verbesserung ihrer Beziehungen zu Indien bereit sei.

Seit dem Grenzkrieg von 1962 zwischen den beiden Staaten waren die diplomatischen Beziehungen auf das Niveau von Chargés d’Affairs reduziert. Ein Annäherungsversuch von Teng Hsiao-p’ing im Frühjahr 1974 wurde durch die Explosion einer "atomaren Vorrichtung" im Mai 1974 und durch die, wie es chinesischerseits heißt, "illegale Annexion Sikkims durch Indien" von den Chinesen selbst wieder zurückgezogen.

Eine Vorhersage über die indische Reaktion auf seine Avancen wollte Ch'en nicht geben und verwies auf die bestehenden diplomatischen Beziehungen. Allerdings scheint die indische Außenpolitik im Augenblick wenig Möglichkeiten für positive Schritte in Richtung China offen zu lassen. Mit der erneuten Kritik an den USA, die sich vor allem auf die verstärkte Militärhilfe für Pakistan und auf den Ausbau von Diego Garcia als strategischen Stützpunkt der USA im Pazifik richtet, sind die Beziehungen zur Sowjetunion wieder intensiver geworden. Dies zeigte sich auch beim Besuch des sowjetischen Verteidigungsministers Gretschnko, der Neu Delhi Ende Februar besuchte, wobei über weitere sowjetische Waffenlieferungen, Aufbau einer indischen Rüstungsindustrie und über Stützpunktrechte für sowjetische Schiffe in indischen Häfen verhandelt wurde.

Die chinesischen Versuche der Annäherung könnten bisher für Indien die positive Wirkung ergeben, daß die Sowjetunion zu weitergehenden Hilfeleistungen bereit ist (FAZ, 25.2.75; Monde, 28.2.75).

**(16) Indisch-chinesische Rivalität um den Straßenbau in Nepal**

Am 2. Februar wurde in Katmandu zwischen den Regierungen der VR China und Nepals ein Abkommen über den Bau einer Fernstraße Pokhara-Surkhet unterzeichnet (Karte s.unten) (NCNA, 3.2.75).

Mit diesem Projekt überflügelt Peking den um Nepal sonst so bekümmerten Nachbarstaat Indien als Entwicklungshelfer. Peking hat in Nepal bereits mehrere Straßen gebaut, nämlich die Straße

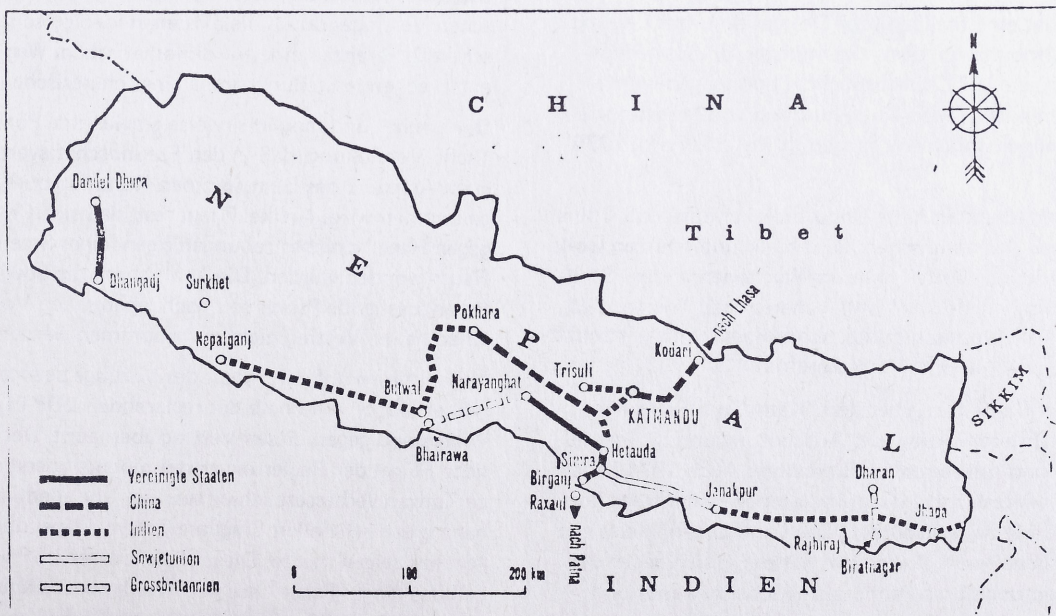
von Katmandu nach Pokhara, die Straße von Katmandu nach Bhaktapur (vgl. dazu Karte C.a.1974/12, S.765) und eine 50 km lange Ringstraße, die die nepalesische Hauptstadt umgreift (weitere Einzelheiten vgl. bei Oskar Weggel, "Erneute indisch-chinesische Spannungen in der Himalaya-Region", C. a. 1974/12, S.760-770 (765 f.) ).

Die drei bisher gebauten Straßen umfassen Längen von 176 km bzw. 16 km bzw. 50 km. Das nunmehr vereinbarte vierte Projekt ist das längste von allen, denn es führt immerhin 400 km weit durch Zentralnepal und dürfte rd. 300 Mio. DM kosten.

In Nepal wetteifern als Straßenbauer mit den Chinesen noch Russen, Amerikaner und Engländer. Mit seiner "Straßendiplomatie" versucht Peking um nepalesische Sympathien zu werben, nachdem es angesichts der formellen Annexion Sikkims durch Indien erneut zu indisch-chinesischen Spannungen gekommen ist und auch Nepal seine Besorgnisse äußerte.

**(17) Antichinesische Guerilleros in Nepal festgenommen**

Ein "Special Correspondent" der Times berichtet (16.2.75) von dem Besuch eines Gefangenenlagers rd. 20 km südwestlich von Pokhara, wo rd. 600 Khampas - Reste der antichinesischen tibetischen Guerillastreitkräfte - seit einem halben Jahr festgehalten werden. Sie waren im Verlauf einer Armeeoperation in der abgelegenen Mustang-Region an der Grenze zu Tibet festgenommen worden. Das Lager befindet sich in etwa 2000 m Höhe. Die Khampas sind begleitet von ihren Frauen und Kindern und stehen unter strenger Polizeiüberwachung. Das Khampas-Problem war für die nepalesische Regierung seit dem Tibet-Aufstand im Jahre 1959 ein ständiger Anlaß politischer Verlegenheit. Auf der einen Seite steht die Bevölkerung den Dalai-Lama-treuen Khampas mit Sympathie gegenüber, auf der anderen Seite gebietet es die Staatsräson, auf den Nachbarn China Rücksicht zu nehmen, der von Tibet schon lange ein strengeres Vorgehen gegen die auf nepalesisches Gebiet übergreifenden Khampas verlangt hat. Die Khampas kommen aus der tibetischen Provinz Kham, einem Areal, das geprägt ist

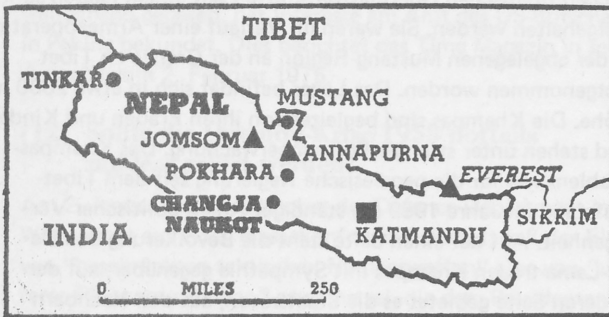


Quelle: NZZ, 7.2.1975



durch kahles Bergland, dessen Bewohner zum Teil noch nomadisch sind und sich durch Agrifflust auszeichnen. Als die Chinesen versuchten, das Gebiet von Kham durch Straßen zu erschließen, erhoben sich die Khampas, bildeten eine wohlorganisierte und zu allem entschlossene Guerillastreitmacht und fügten den Chinesen aus dem Hinterhalt immer wieder Verluste zu. Diese Strategie wurde noch effektiver, als die Khampas zu Beginn der sechziger Jahre vom CIA, von Taiwan und von Indien Ausrüstung und Training erhielten. Erst nach dem Besuch des amerikanischen Präsidenten Nixon in Peking endete diese Unterstützung weitgehend. Die Khampas zogen daraufhin ihre Streitkräfte in das nepalesische Gebiet von Mustang zurück. Peking drängte von nun an die Nepalesen zu entschlossenem Handeln und zur Entwaffnung der Einheiten. Mitte 1974 entschloß sich Katmandu daraufhin zu einem rigoroseren Vorgehen, vor allem, nachdem die Khampas auf verschiedene Dörfer und Polizeistationen in der Nordregion Angriffe verübt hatten. Einer der wichtigsten Khampa-Führer, Gay Wondri, wurde im September 1974 getötet.

Die bei dieser Aktion gefangengenommenen Khampas wurden zunächst auf einem achttägigen Marsch nach Pokhara verlegt und dann zu dem jetzigen Gefangenenlager in Changja Naukot gebracht. Weitere 150 wurden in einem Lager für tibetische Flüchtlinge untergebracht (Times, 16.2.75). Vgl. Karte!



Quelle: Times, 16.2.1975

### (18) Chinesisch-thailändische Beziehungen

Anfang Januar hat eine thailändische Delegation unter Leitung von Chatichai Choonhavan, dem Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten, die VR China besucht. Choonhavan wurde u.a. von Außenminister Chiao Kuan-hua und von Ministerpräsident Chou En-lai persönlich empfangen (PRu, mit Foto, 1975, Nr. 3, S.6).

Schon vor einigen Monaten hatte Chou En-lai erklärt, daß China die thailändischen Aufständischen nicht mehr unterstützen wolle und daß es auch keinen Anteil habe am Partisanensender "Stimme des Thailändischen Volkes" (vgl. Näheres dazu Thema: "20 Jahre SEATO: Antichinesisch-militärisches Fossil - mit wirtschaftlich-technologischer Zukunft?" in diesem Heft).

Gleichwohl fährt China fort, über den "Kampf der Bauern in Thailand gegen Unterdrückung und Ausbeutung und für ihre legitimen Rechte und Interessen" zu berichten. Auch 1974 habe sich der Kampf weiterhin auf die grundlegende Bodenfrage konzentriert. Die Parole habe gelautet: "Das Land denen, die es mit Pflug und Egge bebauen!". Außerdem hätten sie sich gegen die grausame Ausbeutung durch Pacht und Wucher gewandt und den wirtschaftlichen Kampf eng mit dem politischen verbunden.

"Die Bauernbewegung ist gekennzeichnet durch ihren beispiellosen Massencharakter. Tausende und Abertausende von Bauern führten in vielen Provinzen ununterbrochenen Kampf in verschiedenen Formen. Manche zogen sogar nach Bangkok, um dort vereint zu kämpfen. So wurde Bangkok im März 1974 Schauplatz eines neuntägigen gemeinsamen Kampfes von 500 Bauern aus 11 Provinzen, 7 Tage im Juni von über 1000 Bauern aus 15 Provinzen und 12 Tage im November von mehr als 1500 Bauern aus 30 Provinzen. Im November vereinigten sich die Bauern überdies mit 10.000 Einwohnern zu einer Demonstration in der Hauptstadt, was in der Geschichte Thailands noch nie dagewesen ist." (PRu 1975, Nr. 4, S.29).

Ein weiteres Charakteristikum der Bewegung sei ihre feste Organisation. Als Zentrum des vereinten Kampfes sei die "Liga der Bauern von Thailand" gebildet worden.

Der Kampf der Bauern habe die breite Unterstützung der Arbeiter, der Universitätsstudenten, Mittelschüler und Intellektuellen, der Mönche und unteren Regierungsbeamten sowie weiter Kreise der Bevölkerung aus den verschiedensten Schichten. Der Kampf der Bauern sei Bestandteil des Kampfes des ganzen Volkes für Unabhängigkeit und Demokratie.

Über Berichte Pekings zur Anwendung der Volksstrategie durch die thailändischen Aufständischen vgl. C.a. 73/5, S.200-224(219 ff.).

### (19) Schwierigkeiten bei der Vorberatung eines chinesisch-japanischen Freundschaftsvertrages

Die seit November 1974 mit Unterbrechungen durchgeführten Vorverhandlungen über einen Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Japan und China haben zwei Probleme ergeben. Erstens verlangt die japanische Regierung eine Klärung über den chinesischen Standpunkt bezüglich des Artikels 1 des Freundschafts- und Allianzvertrages von 1950 mit der Sowjetunion. In diesem Artikel vereinbarten China und die Sowjetunion eine militärische Allianz gegen Angriffe Japans und seiner Verbündeten gegen andere Staaten. Dieser Artikel erscheint mit dem Abschluß eines Freundschaftsvertrages zwischen China und Japan nicht vereinbar. Die japanische Regierung wünscht trotz der faktischen Außerkraftsetzung des chinesisch-sowjetischen Vertrages durch die aktuellen ideologischen und politischen Differenzen eine auf diplomatischem Weg übermittelte entsprechende Stellungnahme eines chinesischen Politikers.

Der zweite, und möglicherweise gravierende Punkt ist die chinesische Vorstellung, daß in den Freundschaftsvertrag mit Japan auch Artikel 7 des Gemeinsamen Kommuniqués von 1972 aufgenommen wird. Artikel 7 legt fest, daß sich China und Japan gegen Hegemoniebestrebungen irgendeines Staates im Pazifischen Raum wenden würden. Dieser als gegen die Sowjetunion gerichtet anzusehende Passus soll nach japanischen Vorstellungen in einen neuen Vertrag nicht aufgenommen werden (JT, 4.2.75).

Neben diesen auf den Inhalt des Vertrags bezogenen Problemen gibt es jedoch innerhalb der regierenden LDP in Japan selbst Widerstand gegen diesen Vertrag überhaupt. Der Taiwan-freundliche Flügel der Regierungspartei möchte zuerst die Beziehungen zu Taiwan verbessert sehen, was sich vor allem in der Wiederaufnahme der offiziellen Fluglinie Tokyo-Taipei durch die Japan-Airlines zeigen müßte. Diese Faktion der LDP verlangt auch, daß das Wort "Peace" aus der Vertragsbezeichnung gestrichen wird, da der 1952 mit der "Republik China" geschlossene Ver-



trag als Friedensvertrag bezeichnet worden sei (JT, 11.2.75). Erfahrungsgemäß wird sich der Taiwan-Flügel mit seinen Forderungen nur insoweit durchsetzen, wie die chinesischen Unterhändler dies zulassen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß durch diese Probleme und durch den politischen Widerstand der Vertragsabschluß hinausgezögert werden wird. Bei der dritten Gesprächsrunde am 14.2. wurden weder neue Schwierigkeiten noch endgültige Lösungen dieser Probleme sichtbar. Die Gespräche sollen im März fortgeführt werden (JT, 15.2.75).

## AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

### (20) Künftig akkreditiert der Ständige Ausschuß des NVK die ausländischen Botschafter

Die Abschaffung des Amtes eines Staatspräsidenten in China wirkte sich schon wenige Tage nach Erlaß der neuen Verfassung auf das internationale Protokoll aus. Es wurde nämlich den in Peking arbeitenden ausländischen Missionen in einer Zirkularnote des Außenministeriums mitgeteilt, daß Akkreditierungsschreiben für ausländische Botschafter künftig an den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses (also an den 89jährigen früheren Marschall Chu Teh) gerichtet werden müssen.

Bisher waren ausländische Botschafter bei dem Amtierenden Staatspräsidenten (Tung Pi-wu) akkreditiert worden, der nach dem Sturz des ehemaligen Präsidenten Liu Shao-ch'i während der "Kulturrevolution" dessen Amt interimistisch geleitet hatte (NZZ und SZ, 30.1.75).

### (21) Bündnis zwischen Zweiter und Dritter Welt

Hsinhua (NCNA, 2.2.75) nimmt zu den Wirtschaftsabkommen zwischen der EG und 46 Entwicklungsländern am 1.2.75 Stellung. Da die hegemonistischen Bestrebungen der beiden Supermächte in den letzten Jahren immer stärker geworden seien und da es gilt, "die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu mildern, empfinden die westeuropäischen Länder ein dringendes Bedürfnis, ihre wirtschaftlichen Bande zu den Ländern der Dritten Welt zu verstärken. Diese wünschen ebenfalls wirtschaftliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln; denn das wird es immer besser ermöglichen, den beiden Supermächten Widerstand zu leisten und ihre Volkswirtschaft zu entwickeln. Aus dieser Sicht haben die neun EG-Länder im Juli 1973 die Handels- und Wirtschaftsverhandlungen mit den 46 Entwicklungsländern eingeleitet".

Die Drei-Welten-Theorie, die von Teng Hsiao-p'ing bei der Welt-Rohstoffkonferenz 1974 entwickelt worden ist, findet hier also eine praktische interpretative Verwendung.

## INNENPOLITIK

### (22) Demokratische Parteien und mögliche Einberufung der Konsultativkonferenz

Bereits auf dem IV. Volkskongreß sind die Veteranen der politisch weitgehend bedeutungslosen demokratischen Parteien von der KPCh etwa ins Rampenlicht gerückt worden (SWB, 25.2.75). Mehrere Mitglieder, wie etwa der Stellvertre-

tende Generalsekretär der Shanghai-Abteilung, einer der Demokratischen Parteien der Chiusan-Gesellschaft, hielten Reden auf dem Kongreß. Er stellte fest, daß auch während der vergangenen Nationalen Volkskongresse eine Reihe von Delegierten aus dem Revolutionskomitee der Kuomintang, der Chinesischen Demokratischen Liga, der Chiusan-Gesellschaft und der Demokratischen Selbstregierungsliga für Taiwan sowie aus anderen demokratischen Parteien gewählt worden seien. Allein in Shanghai gebe es nun sieben Mitglieder der Chiusan-Gesellschaft, die Delegierte des IV. Volkskongresses geworden seien. Zwei von ihnen, ein 80jähriger Paläontologe und ein 70 jähriger Geophysiker, seien in die KPCh aufgenommen worden. Wieweit allerdings jüngere Mitglieder in die Demokratischen Parteien eintreten dürfen, ist unbekannt. Wahrscheinlich sollen die Parteien nach einer Übergangsperiode von mehreren Jahrzehnten allmählich von selbst aussterben.

In den Rahmen solcher Bemühungen paßt es, daß die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, die einmal nach 1949 die Funktion eines provisorischen Volkskongresses hatte und später nur noch als beratendes Organ für Partei und Regierung mit Einheitsfrontcharakter fungierte, erneut zusammentreten soll (Radio Belgrad, 11. 2.75, nach M.D.).

### (23) Neue zentrale Weisung über Geburtenkontrolle

Eine neue Weisung der Zentrale über Geburtenkontrolle beweist, daß auf diesem Gebiet in der nächsten Zeit erheblich mehr als vorher getan werden soll. Die Weisung spiegelt sich in ihren wesentlichen Zügen in Berichten und Konferenzen der Provinzen wider. Eine Provinz-Telefonkonferenz in Kweichow (SWB, 11.2.75) faßt die wesentlichen Punkte der Direktive zusammen. Danach handelt es sich um "wichtige Instruktionen des Parteizentrums und des Vorsitzenden Mao über die Arbeit der Geburtenkontrolle". Den neuen Weisungen war bereits eine Serie von wichtigen Weisungen vorausgegangen. Die Politik der Geburtenkontrolle wird als tiefgehende ideologische Revolution bezeichnet. Sie sei vom Vorsitzenden Mao viele Jahre lang befürwortet worden. Bei der Durchführung stehen neben den Revolutionskomitees vor allem die Parteikomitees im Vordergrund, ebenso Anzeichen dafür, daß diese Weisungen auf ernsthafte Erfolge hinarbeiten. Man solle jetzt die Ausführung der Pläne, die im Dezember 1973 auf der Provinzkonferenz gemacht worden waren, auf ihre Erfolge hin untersuchen. Ähnliche Konferenzen in anderen Provinzen können also zu diesem Datum vorausgesetzt werden. Die Gesundheitsabteilungen haben die technische Ausbildung und Anleitung in diesem Bereich zu fördern. Krankenhäuser auf und über Kreisebene müssen sofort Abteilungen einrichten, die die technische Führung auf dem Gebiet der Geburtenkontrolle organisieren, und Gruppen bilden, die an die Basis gesendet werden. Es besteht ein Plan des Bevölkerungswachstums im Rahmen des vierten Fünfjahresplans, denn der Provinzbericht stellt fest, daß das geplante Ziel des Bevölkerungswachstums in diesem Zeitraum "in vielen Kommunen und Städten der Provinz" erreicht worden sei. Die Provinz Anhui ist auf diesem Gebiet ebenfalls erfolgreich (SWB, 15.2.75). Die natürliche Geburtenwachstumsrate der Provinz sei in den letzten Jahren ständig gefallen. Nach "vorläufigen Schätzungen" hätten bis Ende 1974 sechs Städte, elf Kreise und eine Region der Provinz die Wachstumsrate unterschritten, die in dem "Bevölkerungs-Entwicklungsplan" vorgesehen sei. Andere Regionen